

Antwort

des Ministeriums für Bildung

auf die Kleine Anfrage der Abgeordneten Lisa-Marie Jeckel (FREIE WÄHLER)
– Drucksache 18/6283 –

Lehrerfortbildung und Präventionsarbeit zu religiösem Extremismus in Rheinland-Pfalz

Die Kleine Anfrage – Drucksache 18/6283 – vom 5. Mai 2023 hat folgenden Wortlaut:

Die Landesregierung betonte mehrfach die Wichtigkeit der Präventions- und Aufklärungsarbeit gegen Extremismus im Ausschuss für Familie, Jugend, Integration und Verbraucherschutz (AFJIV). Im Sprechvermerk zur Sitzung des AFJIV vom 7. Dezember 2022 wurden auch Projekte und Programme zur Prävention von religiöser Radikalisierung und ebenso Weiterbildungen erwähnt.

Vor diesem Hintergrund frage ich die Landesregierung:

1. Welche Fortbildungen für Lehrkräfte in Rheinland-Pfalz werden derzeit zum Themenkomplex „Religiöser Extremismus“ angeboten?
2. Wie viele Fortbildungen für Lehrkräfte in Rheinland-Pfalz wurden seit dem Jahr 2017 zum Themenkomplex „Religiöser Extremismus“ durchgeführt (bitte aufgelistet nach Fortbildung und Teilnehmerzahl)?
3. Welche Ansprechpartner gibt es derzeit für Lehrkräfte, welche mit religiösem Extremismus konfrontiert werden?
4. Wie oft wurden Beratungen von Lehrkräften zum Themenkomplex „Religiöser Extremismus“ seit dem Jahr 2017 in Anspruch genommen (bitte aufgelistet nach Jahr und Anzahl)?
5. Welche Informationsmaterialien (Schulungsfilme, begleitende Unterrichtsmaterialien etc.) thematisieren derzeit an rheinland-pfälzischen Schulen Radikalisierungsprozesse im religiösen Bereich?
6. Mit welchen Religionsgemeinschaften wird aktiv in der Präventionsarbeit kooperiert (bitte aufgelistet nach Projekt/Programm und welcher Religionsgemeinschaft)?
7. Wie erfolgt eine Prüfung der Kooperationspartner im Themenbereich „Religiöser Extremismus“ für gemeinsame Workshops/ Projekte/Programme für Demokratieförderungsprogramme an Schulen?

Das **Ministerium für Bildung** hat die Kleine Anfrage namens der Landesregierung mit angefügtem Schreiben beantwortet.

E: 30.05.2023
18/6514



Rheinland-Pfalz

MINISTERIUM FÜR BILDUNG

Ministerium für Bildung | Postfach 32 20 | 55022 Mainz

An den
Präsidenten des
Landtags Rheinland-Pfalz
55116 Mainz

DIE MINISTERIN

Mittlere Bleiche 61
55116 Mainz
Telefon 06131 16-0
Telefax 06131 16-41 10
ministerinbuero@bm.rlp.de
www.bm.rlp.de

30. Mai 2023

Kleine Anfrage der Abgeordneten Lisa-Marie Jeckel (FREIE WÄHLER)
„Lehrerfortbildung und Präventionsarbeit zu religiösem Extremismus in Rhein-
land-Pfalz“
- Drucksache 18/6283 -

Vorbemerkung:

Die schulischen Maßnahmen gegen Extremismus jeder Art sollen nach Vorstellung der Landesregierung nicht alleine Reaktionen auf Vorfälle und Prävention von extremistischen Haltungen fokussieren, sondern auch eine Sensibilisierung für die Bedeutung und die Stärke des liberal-demokratischen Rechtsstaates sein. Die Gleichzeitigkeit von Demokratiebildung, der Vermittlung historisch-politischen Wissens, der Durchführung allgemeiner gewaltpräventiver Projekte und von gezielt auf Extremismusprävention angelegten Programmen hat nach Überzeugung der Landesregierung die größten Erfolgchancen und stärkt die Lehrkräfte in ihrer Arbeit.

Dies vorausgeschickt, beantworte ich die kleine Anfrage namens der Landesregierung wie folgt:



Zu Frage 1:

Die Maßnahmen gegen religiösen Extremismus werden zum einen durch das Präventionsnetzwerk gegen religiös begründete Radikalisierung DivAN und dessen Geschäftsstelle im Landesamt für Soziales, Jugend und Versorgung Rheinland-Pfalz (LSJV) getragen, die insbesondere bildungsbezogene Arbeit zum Thema religiös begründete Radikalisierung betreibt. Auch hat sich die Beratungsstelle gegen islamistische Radikalisierung – Salam – als kompetente Fachstelle landesweit etabliert. Deren Fortbildungsangebote „Erkennungsmerkmale religiös-radikaler Tendenzen“, „Formen des Islamismus“, „Islam vs. Islamismus (Abgrenzung zueinander)“, „Islamismus und Salafismus in Deutschland“, „Vorsicht Vorurteile“, „Digital“ - Radikale Digitalisierung oder Radikalisierung digital?, „Antimuslimischer Rassismus“ und „Radikalisierung“ richten sich an Fachkräfte sowohl in der Kinder- und Jugendhilfe als auch an Schulen. Auf Wunsch können die Fortbildungen auch an spezifische Bedarfe angepasst werden.

Daneben bietet das Pädagogische Landesinstitut (PL) kontinuierlich Lehrkräftefortbildungen zur Primärprävention, zu schulischer Demokratiebildung und zur Extremismusprävention an. Programme der Primärprävention, die von den 14 Schulpsychologischen Beratungszentren am PL angeboten werden, wie „ICH und DU und WIR“ für Grundschulen, dem „Programm zur Primärprävention (ProPP)“ und „Gemeinsam Klasse sein“ für die Orientierungsstufe und Prävention im Team (PiT)“ für die Mittelstufe fördern die Persönlichkeitsentwicklung von Kindern und Jugendlichen, kritisches Denken, ein positives Selbstwertgefühl, die Fähigkeit zur Selbst- und Fremdwahrnehmung sowie den Umgang mit Gruppendruck. Im Zuge der Programme geht es vorrangig darum, die Person zu stärken, soziale Kompetenzen zu fördern und allgemein gültige Normen und Werte zu vermitteln. Auch die Demokratiebildung ist seit vielen Jahren ein wichtiger Baustein der Bildungspolitik des Landes. So wurde 2019 die Koordinierungsstelle für schulische Demokratiebildung am Pädagogischen Landesinstitut Rheinland-Pfalz eingerichtet. Sie unterstützt Schulen bei der Entwicklung einer demokratischen Schulkultur beispielsweise durch das Netzwerk der Modellschulen für Partizipation und Demokratie.

Im Frühjahr 2023 fand darüber hinaus die zweite Fachtagung zu schulischen Beratungsangeboten des PL in Zusammenarbeit mit u. a. dem Verfassungsschutz, dem Landeskriminalamt Rheinland-Pfalz, der Schulpsychologie Rheinland-Pfalz, dem Demokratiezentrum Rheinland-Pfalz und der Aufsichts- und Dienstleistungsdirektion Rheinland-



Pfalz statt. Ziel der Veranstaltung war es, alle an Schulen Beteiligte zu unterstützen, in herausfordernden und/oder krisenhaften Situationen handlungssicher agieren zu können.

Zu Frage 2:

Das LSJV bot im Jahr 2017 fünf Fortbildungen zur Beratung von Lehrkräften und Schulleitungen im Umgang mit Extremismus im schulischen Kontext an (8/12/15/60/80 Teilnehmende). 2019 fand eine Lehrkräftefortbildung zum Thema „Radikalisierung“ (45 Teilnehmende) statt und 2023 wurden Lehrkräftefortbildungen zu den Themen „Vorsicht Vorurteile, Antimuslimischer Rassismus“ (32 Teilnehmende) und „Rassismus“ (18 Teilnehmende) durchgeführt.

Das PL führte im Jahr 2017 zwei Fortbildungen zum „Umgang mit religiösem Extremismus und Radikalisierungsprozessen im Kontext Schule“ (79/62 Teilnehmende) durch. 2022 (90 Teilnehmende) und 2023 (63 Teilnehmende) wurden zudem die erste und zweite Fachtagung zu schulischen Beratungsangeboten in Kooperation mit dem Verfassungsschutz, dem Landeskriminalamt Rheinland-Pfalz, der Schulpsychologie Rheinland-Pfalz, dem Demokratiezentrum Rheinland-Pfalz und der Aufsichts- und Dienstleistungsdirektion Rheinland-Pfalz durchgeführt.

Zu Frage 3:

Wenn Lehrkräfte mit religiösem Extremismus konfrontiert werden, haben sie je nach Einzelfall verschiedene Möglichkeiten und Ansprechstellen.

Salam, die Beratungsstelle gegen islamistische Radikalisierung im Landesamt für Soziales, Jugend und Versorgung, bietet Beratung und Unterstützung im Kontext von islamistischer und salafistischer Radikalisierung bei jungen Menschen an. Lehrkräfte erhalten Hilfe und Rat zur Unterstützung junger Menschen bei der Distanzierung von extremistischen Gruppierungen und zur Intervention bei Radikalisierungsprozessen. Wenn sich Lehrkräfte Sorgen machen, dass sich einzelne Schüler, Schülerinnen oder Schülergruppen islamistisch radikalieren bzw. gefährdet sind, können sie sich an die Beratungsstelle Salam wenden. Die Beratung ist vertraulich und auf Wunsch auch anonym möglich.



Die Landeskoordinierungsstelle der Prävention im Bereich religiös begründeter Extremismus/ Präventionsnetzwerk DivAN ist zuständig für die Steuerung des Netzwerkes zur Prävention gegen religiös begründete Radikalisierung in Rheinland-Pfalz.

Ansprechpartner zum Thema Extremismus finden Lehrerinnen und Lehrer auch bei der Koordinierungsstelle für schulische Demokratiebildung am Pädagogischen Landesinstitut und bei den 14 schulpsychologischen Beratungszentren in Rheinland-Pfalz.

Alle Schulen in Rheinland-Pfalz sind bereits verpflichtet, ein schuleigenes Krisenteam zum Umgang mit Krisensituationen an Schulen zu bilden und schulische Präventions- und Interventionsmaßnahmen verbindlich umzusetzen. Informationen zu Krisensituationen finden Lehrpersonen in der „Handreichung für den Umgang mit Krisensituationen an Schulen“. Bei akuten und/oder schwerwiegenden Fällen können sich Lehrpersonen ebenfalls an die Aufsichts- und Dienstleistungsdirektion Rheinland-Pfalz und die Polizei wenden.

Zu Frage 4:

Die Beratungsstelle Salam berät von religiöser Radikalisierung betroffene Personen, die sich auf der Schwelle zur Radikalisierung befinden oder bereits radikalisiert sind, sowie deren Eltern, Freunde, Angehörige oder weitere betroffene Personen aus deren Umfeld wie Fachkräfte. DivAN als Landeskoordinierungsstelle der Prävention im Bereich religiös begründeter Extremismus arbeitet eng mit der Beratungsstelle Salam zusammen und verweist bedarfsorientiert bei Anfragen an Salam, wenn neben oder statt Präventionsmaßnahmen eine Betroffenenberatung sinnvoll erscheint.

Die Beratungsstelle Salam wurde im Kontext Schule im Zeitraum von 2017 bis 2023 wie folgt in Anspruch genommen: 16 Fälle 2017, drei Fälle 2018, drei Fälle 2019, neun Fälle 2020, vier Fälle 2021, sieben Fälle 2022, zwei Fälle bis April 2023.

Spontane Beratungen ergeben sich häufig auch am Rande von Fortbildungsveranstaltungen für Lehrpersonen. Die Daten zu diesen Beratungen werden jedoch nicht statistisch erhoben.



Zu Frage 5:

Die Handreichung „Islamismus erkennen und vorbeugen - zum Umgang mit Radikalisierungsprozessen im Kontext Schule“ (2017) beinhaltet grundlegende Informationen und gibt Handlungsempfehlungen für Schulleitungen und Lehrkräfte. Grundsatz der Handreichung ist, dass sich Prävention gegen islamistische Strömungen mit dieser Form des Extremismus und zugleich mit Muslimfeindlichkeit befassen muss. Diese Handreichung soll dazu dienen, bei Verdachtsfällen Verunsicherungen abzubauen.

Zugleich bietet die Bundeszentrale für politische Bildung Fachbeiträge zum Themengebiet religiöser Extremismus und Artikel über Gegenstrategien sowie Publikationshinweise an.

In der Mediathek der Lernplattform „Schulcampus RLP“ sind verschiedene Materialien zum Thema Extremismus hinterlegt, darunter auch einige, die sich speziell mit religiösem Extremismus auseinandersetzen. Exemplarisch zu nennen ist eine vierteilige Reihe von Audiobeiträgen des Westdeutschen Rundfunks, wobei jede Folge einen Zeitumfang von 20 – 30 Minuten hat, sowie zwei einschlägige Handreichungen der Bundeszentrale für politische Bildung („Schule und religiös begründeter Extremismus“ und „Terroranschläge, Schweigeminuten & religionskritische Karikaturen“). In der Handreichung „Extremismus im Netz erkennen“ wird speziell auch auf die Gefahren extremistischen Gedankengutes im Internet hingewiesen.

Viele dieser Materialien stehen unter <https://schulcampus-rlp.de> auch solchen Schülerinnen und Schülern zur Verfügung, deren Schulen den „Schulcampus RLP“ noch nicht als Lernplattform eingeführt haben. Schülerinnen und Schüler an Schulcampus-Schulen haben darüber hinaus Zugang zur Brockhaus-Enzyklopädie bzw. zum Brockhaus-Jugendlexikon, in denen Themen wie etwa „Fundamentalismus“ oder „Islamismus“ in entsprechenden Artikeln behandelt werden.

Zu Frage 6:

Mit dem Ziel eines friedlichen, toleranten Zusammenlebens pflegt die Landesregierung Beziehungen mit Vertreterinnen und Vertretern aller Weltreligionen.



In diesem Sinne besteht der Austausch im Bildungsbereich beispielsweise mit den Kirchen, mit Vertreterinnen und Vertretern des Islam bspw. im Rahmen von Salam und DivAN und im Hinblick auf den Islamischen Religionsunterricht und mit dem Zentralrat der Juden und den jüdischen Gemeinden bspw. über das Programm „Meet a Jew“ und die „Schulen ohne Rassismus – Schulen mit Courage“.

Zu Frage 7:

Für alle schulischen Kooperationen gilt grundsätzlich das Schulgesetz, das die „Anerkennung ethischer Normen, zur Gleichberechtigung von Frau und Mann, zur Gleichstellung von behinderten und nicht behinderten Menschen, zur Achtung vor der Überzeugung anderer, zur Bereitschaft, Ehrenämter und die sozialen und politischen Aufgaben im freiheitlich-demokratischen und sozialen Rechtsstaat zu übernehmen, zum gewaltfreien Zusammenleben und zur verpflichtenden Idee der Völkergemeinschaft“, fest schreibt. Gleichzeitig gilt für Unterricht und Schulleben der Beutelsbacher Konsens als tragende Säule der Politikdidaktik und Demokratiebildung. Lehrpersonen fördern auf dieser Grundlage die mehrperspektivische politische Urteilsbildung von Schülerinnen und Schülern.

Eine Prüfung der Kooperationspartner im Themenbereich „religiöser Extremismus“ und aller anderer Kooperationspartner im Kontext der Prävention und Demokratiebildung findet differenziert im Einzelfall statt durch z. B. differenzierte Hintergrundrecherchen (u. a. Welche Projekte wurden bisher realisiert? Welche Förderprogramme beteiligen sich bereits? Welche weiteren Kooperationspartner beteiligen sich? Welche Pressemeldungen existieren?), einen Austausch mit bereits bestehenden Partnerinnen und Partnern und deren Erfahrungswerten (z. B. Erfahrungen aus anderen Bundesländern, Erfahrungen aus verschiedenen Fortbildungsinstituten, Erfahrungsaustausch aus bestehenden Netzwerken im Kontext Demokratiebildung und Gewaltprävention) und/oder persönlichen Gesprächen mit neuen Kooperationspartnern.

In Vertretung

Bettina Brück